Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Stadtbürgerschaft 9. Wahlperiode: 1975-79

(21.6.1979) Drucksache 9/594

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Stadtbürgerschaft
9. Wahlperiode

Drucksache 9 / 594 S
21. 06. 79

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 55

Der Petitionsausschuß hat am 21. Juni 1979 die nachstehend aufgeführten fünf Eingaben abschließend beraten. **Der Ausschuß bittet, die Stadtbürgerschaft möge über die Petitionen wie empfohlen beschließen.**

Klein
(Vorsitzender)

Der Ausschuß bittet, folgende Eingaben für erledigt zu erklären:

Nr. d. Eingabe	Gegenstand	Begründung
S 9/395	b) Befürchtungen hinsichtlich einer Grundwasserabsenkung bei einer geplanten Kanalbaumaßnahme	b) Soweit für die noch nicht in Angriff genommene Kanalbaumaßnahme eine Grundwasserabsenkung erforderlich sein sollte, würde diese nur nach Erteilung einer wasserbehördlichen Erlaubnis nach Durchführung eines förmlichen Verfahrens, an dem sich auch der Petent beteiligen könnte, ausgeführt werden.
S 9/397	Beschwerde gegen die Errichtung eines Betonwerkes	Die Genehmigung zur Errichtung des Betonwerkes ist durch rechtsbeständigen Widerspruchsbescheid vom 2. April 1979 abgelehnt worden. Das Bauordnungsamt wird aufgrund der Petition bemüht sein, durch häufige Kontrollen jede eventuelle weitere Schwarzbautätigkeit festzustellen, um sofort hiergegen einschreiten zu können.

Der Ausschuß bittet, folgende Eingaben für erledigt zu erklären, da sie nicht abhilfefähig sind:

Nr. d. Eingabe	Gegenstand	Begründung
S 9/395	a) Beschwerde über eine in einem Planaufstellungsbeschluß festgelegte Kanalbaumaßnahme	a) Die vom Petenten genannte Kanaltrasse war bereits Gegenstand des gerichtlich bestätigten, inzwischen längst rechtsbeständigen Planfeststellungsbeschlusses des Senators für das Bauwesen vom 1. August 1975 für den Neubau der B 74. Die für die Kanalbaumaßnahme erteilte wasserbehördliche Erlaubnis für eine Grundwasserabsenkung in der Zeit vom 16. November 1978 bis 15. März 1979 ist vom Petenten mit einem Widerspruch angefochten worden, der durch Widerspruchsbescheid vom 7. Mai 1979 zurückgewiesen worden ist. Ein Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung wurde durch Beschluß des Verwaltungsgerichts Bremen vom 15. Mai 1979 abgelehnt.

Nr. d. Eingabe	Gegenstand	Begründung
S 9/398	Schadensersatz für den Abriß einer Teilgarage	Die Bauverwaltung hat einen Ersatzanspruch dem Grunde nach bereits anerkannt. Ein Angebot der Bauverwaltung zur Höhe des Schadensersatzes hat der Petent inhaltlich nicht beantwortet. Um das Verfahren zum Abschluß zu bringen, wird dem Petenten empfohlen, die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Rechtsabteilung der Bauverwaltung fortzusetzen. Nach einem dem Petenten ungünstig erscheinenden Abschluß der Verhandlungen steht es ihm frei, ein Rechtsmittel einzulegen.
S 9/414	Beschwerde über die Höhe eines festgesetzten Kanalbaubeitrages	Nachdem der Petent eine Klage vor dem Verwaltungsgericht Bremen am 24. Januar 1975 zurückgenommen hat, ist der Kanalbaubeitrag rechtsbeständig festgesetzt. Die Nichterhebung des Kanalbaubeitrages würde eine ungerechtfertigte Bevorzugung des Petenten gegenüber allen übrigen Beitragspflichtigen bedeuten, die bei gleicher Sach- und Rechtslage zu den gesetzlich vorgeschriebenen Kanalbaubeiträgen herangezogen worden sind.
S 9/426	Beschwerde über die Einkommensermittlung bei einer Wohngeldberechnung	Die Einkommensermittlung bei einer Wohngeldberechnung ist aufgrund des Wohngeldgesetzes, das ein Bundesgesetz ist, zwingend vorgeschrieben.

Druck: Hans Krohn, Bremen